

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Erscheint wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend
Nachmittag zur Ausgabe. Abonnementpreis pro Monat 0.90 RM. frei
ins Haus, einschließlich der Beilagen „Mein Garten“, „Die Frau und ihre Welt“,
„Der bessere Mittag“, „Praktisches Wissen für Alle“, „Unterhaltungsbillette“.
Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1.20 RM. Im Falle höherer
Gewalt wird kein Schadenersatz geleistet.



Telegr. Abdr.: Zeitung.
Anzeigen werden die sechsgepaltene 8mm hohe [Metz] Zeile über deren
Raum mit 15 Pfg. berechnet; auswärts 20 Pfg. Bei Wiederholung ent-
sprechender Rabatte. Reklamen kosten pro Zeile 40 Pfg. Verbindlichkeit
für Platz, Datenvorrichtung und Beleglieferung ausgeschlossen. Annahmegerühr
für Offerten und Auskunft beträgt 15 Pfg. Zeitungsbeilagen werden billigt
berechnet. Zahlungen an Postkonten Frankfurt am Main Nr. 20771

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer Spangenberg

Nr. 126 Donnerstag, den 19. Oktober 1933 26. Jahrgang.

Führer=Appell zur Volksabstimmung

Ohne Gleichberechtigung jede Konferenz zwecklos — Krönung des deutschen Versöhnungswerkes am 12. November

Für des Reiches Ehre

Hitler auf der Führertagung

Die Reichspressestelle der NSDAP. teilt mit: Die Führertagung der NSDAP. fand ihren Höhepunkt und Abschluß in einer großen richtunggebenden Rede, die der Führer am Abend vor den verammelten Reichsleitern, Gauleitern, höheren SA- und SS-Führern sowie den Gaupropagandaleitern im Plenarsaal des Preussischen Landtags hielt. Adolf Hitler eröffnete die eindrucksvolle Tagung mit Begrüßungsworten. Dann nahm der Führer das Wort. In seinen großartigen Ausführungen zur politischen Lage und über die Aufgaben, die sich für den Nationalsozialismus heraus ergeben, befahte sich der Führer zunächst mit der außenpolitischen Situation, die im engen Zusammenhang steht mit der innenpolitischen Arbeit der nächsten Wochen.

Das außenpolitische Ringen um die Gleichberechtigung, in dessen entscheidendes Stadium die deutsche Nation nunmehr eingetreten ist, sei untrennbar verbunden mit dem Kampf um den wirtschaftlichen Wiederaufstieg, dem Kampf um das Brot, den das deutsche Volk seit über acht Monaten nicht mehr fähig. Die politische Befriedung der Welt sei die Voraussetzung zu jeder wirtschaftlichen Genesung.

Der große Irrtum der bisherigen nachkommenden Regierungen in Deutschland sei die Nichtbeachtung des Grundgesetzes gewesen: Ehe nicht die Gleichberechtigung zugelassen ist, ist jede Beteiligung an internationalen Konferenzen von vornherein zwecklos! Seine Vorgänger in der Regierung seien gewissermaßen von jener „Genier Krankheit“ befallen gewesen, die sie zu Pessimisten für die Nation und zu Optimisten für den Völkerverbund werden ließ.

Er dagegen sage: „Optimistisch bin ich auf mein Volk und pessimistisch bin ich auf Genie und den Völkerverbund“. Deutschland sei nie friedliebender gewesen als in dem Augenblick, da es der bisher so wenig erfreulichen Atmosphäre dieser Stadt den Rücken gekehrt habe. Das ganze deutsche Volk stehe hinter der Regierung, wenn sie gegenüber demütigenden Zumutungen erkläre: Wir wollen den Frieden, aber wir lassen uns nicht behandeln wie eine Nation zweiten Ranges!

Mit derselben Entschlossenheit, mit der die nationalsozialistische Bewegung in den letzten 14 Jahren in Deutschland für ihr Recht gekämpft habe, werde Deutschland erst und unerlässlich auch außenpolitisch auf seinem Recht bestehen und an seinem Anspruch auf Gleichberechtigung festhalten. Die Ehre sei genau so wenig ein leerer Wahn, wie es die Treue sei; man könne ohne sie auf dieser Welt nicht leben. Deutschland wolle den Frieden und nichts als den Frieden, aber es sei entschlossen, in Zukunft zu keiner Konvention, in keinen Bund zu gehen, in keine Konvention zu treten, gar nichts zu unterschreiben, solange es nicht als Gleichberechtigter behandelt werde! Jemandem gebe es eine Grube, unter die man nicht gehen dürfe, sonst sei man nicht würdig, ein Volk zu führen.

Unser Propaganda für diese Wahl sei getragen von großem Ernst, denn diese Wahl sei moralisch einwandfrei und werde für das Lebensrecht der Nation geführt. Mehr als irgendjemand hänge gerade das nationalsozialistische Deutschland am Frieden, weil die nationalsozialistische Idee dem völkischen Begriff einer blutsmäßig gebundenen Staatsführung nach innen zugewandt sei und deshalb eine imperialistische Eroberungspolitik nach außen nicht kenne.

Indem wir so jede Gewaltspolitik ablehnten, könnten und würden wir andererseits zur Wahrung unseres Rechtes ebenso entschlossen sein.

Die Wahlpropaganda der Partei müsse in diesem Rahmen stehen und unter Zurückstellung alles Unwesentlichen auf die ganz großen Fragen konzentriert werden. Unser Volk werde in diesen Fragen eines tiefen und heiligen Ernstes fähig. Seine Begeisterung sei nicht auf irgendwelche oberflächlichen Huralstimmung aufgebaut, sondern auf der tief innerlichen Erkenntnis vom Bewußtsein seines Rechtes. Diese tiefe Haltung ruhe auf dem Vertrauen zu seinen Führern, mit dem größten Verantwortungsbewußtsein an die vor ihnen liegenden Aufgaben herangehen.

Die Arbeit der Partei in den kommenden Wochen müsse von der Überzeugung getragen sein, daß die Lastrast nicht in keinen Operationen dokumentiere, sondern nur durch Konzentration auf die großen Fragen. Die innere Freiheit und Selbstlosigkeit der Bewegung müsse mehr denn je in der Entscheidung treten.

Das große Werk der Versöhnung in unserem Volke, das der Nationalsozialismus begonnen habe, müsse nunmehr seine Krönung finden. Auch unseren früheren innenpolitischen Gegnern würden wir im Zeichen dieses Ringens der ganzen Nation entgegenkommen und ihnen die Hand reichen, wenn sie betonen, daß sie Befürworter der deutschen Ehre und Friedensliebe seien.

Nation trage. Im Bewußtsein dieser Verantwortung und unserer Pflichten mühten wir von der größten Härte gerade gegen uns selbst sein. Wer etwa als Nationalsozialist gegen seine nationalen Pflichten verstoße, müsse wissen, daß er noch weniger Schonung erwarten könne als andere Volksgenossen. Die Partei habe ihr großes nationales Ziel, und dem sei alles andere rückstandslos unterzuordnen. Wir alle müßten dabei auch ein Beispiel von Einfachheit und Schlichtheit geben. Indem wir Nationalsozialisten blieben, was wir immer waren, erhielten wir uns nicht nur unsere Stärke, sondern auch das Vertrauen im Volk für alle Zukunft. — Der Führer streifte kurz auch die wirtschaftlichen Fragen. Wenn die Nation heute das Gefühl habe, daß es wirtschaftlich vorwärtsgehe, dann müßten wir alles tun, um diesen Antriebe zu verstärken. Mit dem Bild nur aus das Große und Entscheidende gerichtet, müsse alles Ungelährte in den nächsten Wochen vor den wirklich großen, zur Verwirklichung reifen Arbeitsprojekten zurückgestellt werden.

Wenn wir diesen unseren Kampf aus dem Gefühl der höchsten Verantwortung heraus führen, dann bin ich sicher, daß wir ihn erfolgreich führen. Wer müßig sein Recht vertritt, wird am Ende auch recht bekommen. Wenn wir alle unsere Pflicht bis zum äußersten erfüllen, dann wird unser Volk das erkennen und wird am 12. November uns sein Vertrauen aussprechen, weil es zu anständig ist, dem das Vertrauen zu verweigern, der es verdient.

Mit einem Sieg-Seil aus den Führer, den Wahrer der deutschen Ehre, schloß Rudolf Heß die bedeutende Führertagung.

Der Prozeß im Reichstag

Greuelmärchen des Braunbuchs widerlegt

Zu Beginn der Verhandlung gegen die Reichstagsbrandstifter am Dienstag gedenkt der Vorsitzende, Senatspräsident Büniger, zunächst des plötzlichen Hinscheidens des niederländischen Generalkonsuls von Leipzig, Knobel, der dem Prozeß täglich als Beauftragter seiner Regierung beigewohnt hat. Während einer Kinovorstellung erlag er am Montag einem Herzschlag.

Fortsetzung des Zeugenverhörs

Es wird nunmehr der Polizeidirektor Otto, der damals die Briefkastenentleerung im Reichstage beorgte, als Zeuge vernommen. Der Zeuge schildert seine Beobachtungen bei der 9.00 Uhr-Vernehmung. Er sei kurz vor 9.49 Uhr zum Portal V gekommen und habe den Pförtner gefragt, ob noch jemand anwesend sei. Der Pförtner verneinte und sagte, Torgler sei eben gegangen. Der Zeuge sei dann durch die Wandelhalle zum Portal II gegangen, wo er einen kleinen Kasten geleert habe, und sei von dort zum Postamt in der Wandelhalle gegangen, um auch dort den Kasten nachzusehen. Durch Portal V habe er dann den Reichstag verlassen. Es sei vollständig dunkel in der Wandelhalle gewesen. Geräusche oder Gerüche habe er nicht wahrgenommen. Wenn er sich recht erinnere, habe mindestens der eine Füllgel der großen Glasur zum Plenarsaal offengestanden.

Der Amtsgehilfe W o d d, der seit elf Jahren Pförtner am Portal II ist, befindet, er habe am 27. Februar ein paar Minuten nach 8 Uhr das Portal geschlossen. Der Amtsgehilfe Rohls habe ihm zugerufen, daß Torgler noch im Hause sei. Rohls hätte schon bei ihm angerufen, es habe sich aber niemand gemeldet. Gleich darauf, erklärt W o d d, wurde er telefonisch gebeten, die Garderobe Torglers hinaufzubringen. Der Zeuge hat das Portal wie immer verschlossen und auch den Riegel vorgehoben.

Der Amtsgehilfe R o h l s, der seit etwa 20 Jahren an der Garderobe beim Portal II des Reichstages tätig ist, sagt aus, am 27. Februar, etwa 10 Minuten vor 8 Uhr abends, habe noch die Garderobe des Abgeordneten Torgler am Riegel gehangen. Er habe anrufen wollen, ob die Garderobe nicht hinaufgeschafft werden könnte. Zweimal habe er auf Nummer 321 im Zimmer 9a angerufen. Es habe sich niemand gemeldet, und auch das Belegheichen sei nicht gekommen. Dann habe er zweimal über Nummer 322 im Zimmer 9b angerufen. Auch dort habe sich niemand gemeldet. Als er nach dem zweiten vergeblichen Anruf bei Torgler noch in der Hand hatte, habe der Nebenapparat in der Garderobe geklingelt, und der Fahrstuhlführer D i e t r i c h habe ihm gesagt: „Eben wird angerufen, wir möchten die Sachen des Abgeordneten Torgler nach oben bringen!“

Es müssen mehrere Täter gewesen sein

Der Pförtner W o d d wird vom Vorsitzenden nochmals gefragt, wie er sich die Beobachtung des Zeugen Büniger erklären könne, daß nämlich spätabends ein Mann aus dem Portal II herausgelaufen sein soll. W o d d erklärt, daß dann der Mann nicht nur über einen Nachschlüssel zum

Öffnen des Portals verfügt, sondern unbedingt auch einen Helfer innerhalb des Reichstages gehabt haben müßte, der nachher von innen das Portal wieder so verschlossen und den Riegel so vorgelegt habe, wie es tatsächlich der Fall war.

Als nächster Zeuge wird der Obermaschinenmeister M u l t a vernommen. Er erklärt, daß der unterirdische Gang nicht vom Reichstag zum Präsidentenpalast führe, sondern vom Reichstag zum Maschinenhaus. Der Gang habe später eine Abzweigung zu dem später erbauten Präsidentenhaus erhalten, um auch dieses Haus mit Heizung zu versorgen. Wenn das Maschinenhaus in Betrieb ist, seien beide Türen des Ganges geöffnet.

Oberreichsanwalt Dr. Werner betont dann, im Braunbuch werde ohne jeglichen Versuch des Beweises die Behauptung aufgestellt, daß durch den unterirdischen Gang unter Führung des Polizeipräsidenten Heines-Breslau, des Oberleutnants Schulz und des Polizeipräsidenten Graf Helldorf-Potsdam SA-Abteilungen in den Reichstag eingedrungen seien und dort den Brand gelegt haben. Für jeden einzelnen der ausgeschickten SA- und SS-Führer sei die Stelle genau bezeichnet worden, wo er einzufahren hatte. Am Tage vorher sei Generalprobe abgehalten worden. Von der Lubbe sei als fünfter oder sechster mitgegangen. Als der Beobachtungsposten im Reichstages meldete, daß die Luft rein sei, hätten sich die Brandstifter an die Arbeit begeben. Die Brandlegung sei in wenigen Minuten vollendet gewesen, und sie seien den gleichen Weg, den sie gekommen waren, nach getaner Arbeit zurückgegangen. Von der Lubbe allein sei im Reichstagesgebäude zurückgeblieben.

Die Minister Göring und Goebbels als Zeugen

Ich beantrage, fuhr der Oberreichsanwalt fort, als Zeugen den Polizeipräsidenten Heines-Breslau, den Oberleutnant Schulz und den Polizeipräsidenten Graf Helldorf-Potsdam dafür zu laden, daß sie mit dieser Sache nicht das geringste zu tun haben. Ich beantrage weiter, als Zeugen den preussischen Ministerpräsidenten Göring und den Reichsminister Dr. Goebbels zu laden. In dem Braunbuch wird das unterhört behauptet ohne auch nur zu versuchen, einen Beweis zu führen, daß Minister Goebbels als indirekter Urheber und der preussische Ministerpräsident Göring ebenfalls als Urheber des Planes gegolten hätten. Es ist eine Pflicht, wenn solche unerhörten und unbewiesenen Verdächtigungen in die Welt gesetzt werden, daß dann auch diesen Herren die Möglichkeit gegeben wird, sich über alle in diesem Zusammenhang stehenden Vorgänge zu äußern, insbesondere auch über die damalige politische Lage und die dadurch notwendig gewordenen Maßnahmen vor Gericht unter Eid auszusagen.

Nach kurzer Besprechung mit den übrigen Senatsmitgliedern verhandelt der Vorsitzende den Senatsbeschluss, den Beweisanträgen des Oberreichsanwalts stattzugeben. Die Vernehmung der Zeugen Heines, Schulz und Graf Helldorf soll bereits am Freitag erfolgen. Ministerpräsident Göring und Reichsminister Goebbels sollen vernommen werden, wenn das Gericht mit den politischen Erörterungen beginnt.

Braunbuch-heße bricht zusammen

Zur Mittwoch-Verhandlung sind noch einige Reichstagsbeamte als Zeugen geladen. Zu Beginn der Verhandlung gibt Senatspräsident Büniger zunächst die Entscheidung des Senats über die Beweisanträge des Rechtsanwalts Dr. Leichter bekannt. Es sollen u. a. zahlreiche Zeugen aus Moskau darüber vernommen werden, ob und wann und unter welchem Namen sie Popoff oder Taneff in Moskau oder sonst in Rußland gesehen haben. Den Antrag des Angeklagten Dimitroff auf Auszahlung des sogenannten Braunbuches hat der Senat abgelehnt.

Der Vorsitzende weist dann auf ausländische Presseäußerungen hin, in denen immer wieder behauptet wird, man könne in den Reichstag verbotenes Material nur durch den unterirdischen Gang hineinbringen. Durch die Portale sei das wegen der Kontrolle der Pförtner nicht möglich. Der Vorsitzende fragt den bereits vernommenen Reichstagspförtner W o d d, ob ein Abgeordneter, der mit einer Mappe durch das Reichstagsportal kommt, kontrolliert wird. Der Zeuge W o d d verneint die Frage und erklärt weiter, daß auch die Fremden, die zusammen mit einem Abgeordneten kommen, selbstverständlich nicht kontrolliert werden. Die Schlussfolgerungen des Vorsitzenden, daß durch Fremde in Begleitung eines Abgeordneten nach und nach erhebliche Mengen verbotenen Materials unbeanstandet in den Reichstag gebracht werden könne, wird vom Zeugen bestritten. Der Oberreichsanwalt weist darauf hin, daß auch ständig Boten in den Reichstag kommen, die Material für die Abgeordneten bringen. Auch deren Taschen würden nicht kontrolliert.

Als Zeuge wird dann der Nachpförtner des Reichstagspräsidentenpalastes, A d e r m a n n, vernommen. Er gibt an, daß seine Kontrollgänge etwa 15 bis 20 Minuten im Anspruch nähmen. Die letzte Kontrollgang befand sich im Keller an der Tür zum unterirdischen Gang. Als der Nachpförtner W e n d t von dem Brande Mitteilung machte, hat der Zeuge zunächst Geheimrat Galle benachrichtigt, dann

nen Ministerium, um Ministerpräsident Göring war, angeordnet und der Sekretärin Befehle gegeben. Das war zwischen 9.10 und 9.15 Uhr.

Durch den Gang kam niemand am Brandabend

Vorländer: Es ist zu prüfen, ob zu dieser Zeit jemand durch das Präsidentenhaus hindurch in den Gang gelaufen ist. Zeuge: Es ist nichts dergleichen vorgekommen. Vorländer: Das geht auf Ihren Eid! Der Zeuge vernimmt nochmals entschieden. Wenn sich jemand nicht ganz leise verhielt, war es in der Loge zu hören, wenn jemand im Gang war. Selbst wenn unten Licht geschaltet wurde, wurde das oben gehört.

Vorländer: Wenn nun sogar zehn oder mehr Mann durch den Gang gekommen sein sollen? Zeuge: Ganz ausgeschlossen, einer würde mindestens danebenpoltern. Vorländer: Sie haben früher einmal nachts Schritte in dem Gang gehört? Zeuge: Ja, das war mehrmals zwischen elf und ein Uhr nachts, das letztemal etwa zehn Tage vor dem Brande. Das war eine Person, die ich nahm an, daß jemand kontrollieren wollte, ob wir nicht etwa schlafen. Vorländer: In ausländischen Zeitungen ist gesagt worden, daß im Präsidentenhaus eine SS- oder SA-Wache von 30 Mann gewesen sei. Zeuge: Glatzweg Schwindel. Vorländer: Das nehmen Sie auch auf Ihren Eid. Zeuge: Jawohl. Wenn der Ministerpräsident da war, waren höchstens zwei Mann mit ihm, der Chauffeur und sein Begleiter.

Vorländer: Es ist weiterhin behauptet worden, daß in den Kellerräumen, die an den Gang angrenzten, Material für die Brandstiftung aufgestapelt war. Zeuge: Ich habe nie etwas Verdächtiges bemerkt. Dimitroff: Welcher Partei gehört der Zeuge an? (Heiterkeit im Zuhörerraum.) Zeuge: Ich habe bis Ende 1931 der SPD angehört, dann bin ich zu einer rechtsstehenden Partei übergegangen. Angefragter: Worin? War nicht eine weitere Möglichkeit, in das Präsidentenhaus zu gelangen, dadurch gegeben, daß man vom Reichstagsufer aus durch das Beamtenhaus hineinkam, ohne daß Sie es kontrollieren konnten? Zeuge: Adernann: Diese Möglichkeit bestand zwar, aber wenn wir um 8 Uhr unseren Dienst antraten, gingen wir hinten zur Garagenfront. Also konnte auch von hinten niemand in das Haus hinein, ohne daß wir es beobachtet hätten.

Inaugenscheinnahme durch das Gericht

Die Mitglieder des Gerichts begeben sich nun unter Führung des Betriebsingenieurs Risse zur Inaugenscheinnahme in den unterirdischen Gang.

Nach der Pause, in der der unterirdische Gang eingehend besichtigt wurde, wobei sich herausgestellt hat, daß ohne Geräusch selbst ein Mann auf Strümpfen den Gang kaum passieren kann, wird der Zeuge Adernann nochmals wegen der sogenannten Stabswache befragt. Der Zeuge erklärt, daß der Reichstagspräsident eine Stabswache von etwa sechs Mann gehabt habe. Wenn Ministerpräsident Göring jedoch nicht im Präsidentenhaus gewesen sei, seien die Leute von der Stabswache auch nicht dorthin gekommen. An dem Brandabend sei Ministerpräsident Göring nicht im Hause gewesen, also auch nicht die Stabswache.

Als nächster Zeuge wird der Pförtner Müller vernommen, der am Brandtage von 8 bis 2 Uhr nachmittags den Dienst im Präsidentenhaus versehen hat. Auf die Frage, ob im Präsidentenhaus ständig eine SS-Wache von 30 Mann gewesen sei, antwortet der Zeuge, daß sie ausgeschlossen. SA-Leute seien niemals im Präsidentenhaus gewesen, SS-Leute nur dann, wenn Ministerpräsident Göring als Reichstagspräsident Befragungen abhielt. Auch der Pförtner Wulfraß macht die gleichen Bekundungen.

Hierauf wird als Zeuge der Droffig Weber vernommen, der als Führer eines SS-Kommandos ständig zum Gefolge Görings gehört. Er bekundet, daß er am 27. Februar Dienst im Ministerium des Innern gemacht habe. Als der Ministerpräsident gegen 9.30 Uhr die Meldung vom Brande erhielt, habe er den Ministerpräsidenten sofort im Kraftwagen zum Reichstage gefahren. Am Reichstage habe ihm Hauptmann Jakob befohlen, zusammen mit drei Schutzwachmannen den Kellergang zu durchsuchen.

Er habe im Präsidentenhaus die Schlüssel gefordert und sei mit den Beamten in den Gang gegangen. Der Zugang

auch die Tür im Reichstage seien ordnungsgemäß geschlossen gewesen. Auffälliges sei nicht bemerkt worden. Der Zeuge Adernann erklärt auf Befragen, daß vor dem Zeugen Weber niemand in den unterirdischen Gang gekommen sei. Er hätte auch Weber nicht hineingelassen, wenn nicht Polizeibeamte dabei gewesen wären. Die Durchsuchung des Ganges selbst habe etwa 7 bis 8 Minuten gedauert.

Sachverständiger Dr. Schah erklärt auf Befragen, daß er versucht habe, auf Zeugnissen den unterirdischen Gang zu passieren. Obwohl er sehr vorsichtig gegangen sei, sei doch ein vernehmbares Geräusch festzustellen gewesen.

Ein heller Lubbis wird beobachtet

Dann schildert der Ingenieur Bog u n ausführlich seine Beobachtungen am Brandtage. Er erklärt u. a.:

Als ich in die Nähe des Portals II kam, hörte ich ein Rauschen an der Tür, als wenn jemand eine Tür aufstehen will. Ich sah hinüber und bemerkte dort einen Mann mit glattem Gesicht und dunklen Pelos, der aus der Tür herauslief. In dem Augenblick, vielleicht, weil er mich sah, stufte er und blühte nach der Türgartenseite zu zwei Frauen, die ihm entgegenkamen. Ich glaube zu bemerken, daß diese beiden Frauen eine Handbewegung machten, als wenn sie winkten. In dem gleichen Augenblick fehlte der Mann zu einem Lauf an. Er sprang die Treppe hinunter und lief los in Richtung Siegesallee. Die Frauen drehten sich noch mehrmals nach ihm um, und auch der Mann sah, als er an dem Kandelaber an der Ecke war, noch einmal zurück. Er ist dann verschwunden.

Ich nahm zunächst an, daß er ein Angestellter des Reichstages war. Wiederrum fiel mir auf, daß nichts beleuchtet war und die Tür nicht verschlossen wurde. Ich wußte, daß dort immer ein Polizist an der Ecke steht und wollte diesem meine Wahrnehmung mitteilen. Ich habe aber keinen Beamten gesehen. Ich bin dann in Richtung des Generalsabgebäudes gegangen. Dort standen ein Mann mit einer Lederjacke und eine Frau und sahen nach dem Reichstagsgebäude. Ich hörte noch, wie die Frau sagte: „Ach, komm man, es wird schon werden.“ Sonst war kein Mensch im ganzen Umkreis zu sehen. Als ich nach Hause kam, hörte ich im Rundfunk, daß das Reichstagsgebäude brenne. Ich sagte mir gleich, daß dieser Mann, den ich an dem Portal gesehen hatte, damit in Verbindung zu bringen sei. Deshalb bin ich schnell mit dem Fahrrad zur Brandenburger Torwache gefahren, um dort Mitteilung davon zu machen. Vorländer: Wie war es mit dem Schließen des Portals. Zeuge: Die Tür ging zu, und zwar mit einem doppelten Schlag. Ein Fußstapfen habe ich nicht gehört. Wir haben damals mit der Polizei Versuche mit der Tür angestellt. Wenn man die Tür von draußen zuseht, hört man den doppelten Schlag nicht. Wenn man sie aber von innen auschiebt, hört man einen doppelten Schlag.

War es Popoff?

Als ich, fuhr der Zeuge fort, Popoff bei der Gegenüberstellung sah, stufte ich, denn ich glaube sofort, den Mann wiederzuerkennen. Ich hatte gleich den Eindruck, daß seine Haltung, Bewegung und Fußstellung ähnlich waren. Auch der Fuß war der gleiche. Die Möglichkeit eines Irrtums ist aber nicht ausgeschlossen. Vorländer: Wenn Sie heute unter Berücksichtigung aller Umstände Ihre Wahrnehmungen zusammenfassen, wie würden Sie dann auf die Frage antworten: Ob er es gewesen ist oder nicht? Zeuge: Ich müßte in derselben Weise antworten wie damals.

Der Angeklagte Popoff erklärte u. a., daß er vor seiner Verhaftung ganz anders ausgesehen habe als am Tage der Gegenüberstellung mit dem Zeugen. Auf die Frage des Vorländers: Ob der Zeuge Bogun nach diesen Vorhalten seine Aussage zu ändern oder zu ergänzen habe, antwortet dieser mit nein. Popoff beteuert dann nochmals seine Unschuld.

Die Sitzung wird darauf geschlossen. Die nächste Verhandlung findet am Freitag statt.

Aufrechterhaltung des Lohnniveaus

Ein Erlass des Reichsarbeitsministers.

Der Reichsarbeitsminister teilt im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsminister und dem Beauftragten des Füh-

ers für Wirtschaftspragen in der Reichsarbeit mit, daß das Gelehes über die Treuhänder der Arbeit hat die Reichsregierung mehrfach zum Ausdruck gebracht.

daß es eine wesentliche Aufgabe der Treuhänder ist, die vorhandenen Tarifverträge, und insbesondere das Lohnniveau aufrechtzuerhalten.

Nur in besonders dringenden Fällen dürfen die Treuhänder eine Verringerung von Tarifbedingungen, die sozial oder wirtschaftlich nicht mehr länger zu vertreten sind, vornehmen. In dieser Richtlinie muß die Reichsregierung nachdrücklich festhalten, weil sie jede Gefährdung ihres höchsten Hauptziels, nämlich der Beilegung der Arbeitslosigkeit, unter allen Umständen vermeiden muß.

Eine grundsätzliche Verringerung des Lohnniveaus, wie z. B. die allgemeine Einführung eines Mischlohnens, oder weite, verlängerte Kündigungsfristen und dergleichen kann jetzt also ebenso wenig wie eine materielle Verringerung der Lohnhöhe in Betracht gezogen werden.

Die Treuhänder sind erneut angewiesen worden, in diesen Sinne ihre Entscheidungen zu treffen. Es ist also zurecht, daß einzelne Verbände Anträge auf grundsätzliche Lohnpolitische Reformen an die Treuhänder richten. Ebenfalls ist die Reichsregierung für erwünscht, daß in der öffentlichen Diskussion die notwendige Rücksichtnahme auf die erwähnten lohnpolitischen Richtlinien geübt wird, um eine Beeinträchtigung der Arbeitnehmer und Unternehmer zu vermeiden.

Der Sinn der Volksabstimmung

Dr. Goebbels über den 12. November.

In einem Interview, das einem Berliner Journalisten gab, äußerte sich Reichsminister Dr. Goebbels über Deutschlands Austritt aus dem Völkerbund und die Abfertigungsfunktion. Auf die Frage, warum aus diesem Anlaß eine neue Volksbefragung gemacht wird, obwohl der Mensch weiß, daß das deutsche Volk geschlossen hinter die nationalsozialistische Regierung steht, antwortete Dr. Goebbels:

Freilich, in Deutschland weiß das jedermann. Aber das Ausland bezweifelt das. Die Volksbefragung hat vor allem den Zweck, dem Ausland zu zeigen, daß nicht nur in dieser Frage, sondern in allen großen inneren und äußeren Fragen das deutsche Volk geschlossen und einheitlich hinter Adolf Hitler und seiner Regierung steht.

Auf die Frage: Glauben Sie, Herr Reichsminister, daß ernste Bemerkungen sich vorbereiten könnten, wie es gewissenlose Emigranten dem Auslande einzureden versuchen? erwiderte der Minister: Keineswegs. Die deutsche Regierung hat im Namen des deutschen Volkes durch den Mund des Kanzlers der Welt den Frieden und die Verbrüderung angeboten.

Der Kanzler hat eine große, bisher in Deutschland noch nicht erlebte Geste gegen Frankreich gegenüber gemacht. Deutschland hat betont, es will den Frieden und lehnt die Gewalt als ein Mittel, öffentliche und europäische Fragen zu lösen, rundweg ab. Wir wollen einen Frieden der Gleichberechtigung und sind der Überzeugung, daß ein ererbtes und hartes Deutschland eine bessere Garantie für den europäischen Frieden darstellt als ein gehemmtes Deutschland, an dem jeder Gegner sich schadlos halten kann.

Auf die letzte Frage, wie er die prozentualen Ausschüß der Regierung bei der Abstimmung beurteilt, antwortete Reichsminister Dr. Goebbels: Es kann hier wieder von Ausschüß der Regierung noch von Ausschüß irgend einer Partei die Rede sein.

Ich bin der Überzeugung, daß es in der Frage der gleichen Berechtigung, in der Frage des Friedens und in der Frage der nationalen Ehre des deutschen Volkes in Deutschland überhaupt nur eine einheitliche Meinung geben kann, und ich bin weiterhin der Überzeugung, daß die ganze Nation sich mit verbindenden Ausnahmen in dieser Frage hinter die Regierung stellen wird. Ich glaube, daß der 12. November der Welt ein sichtbares Zeichen für die Tatkraft sein wird, daß das Volk, die nationalsozialistische Bewegung und die Führung in Deutschland ein und dasselbe sind und dasselbe wollen.

Marquardt unterschied ihn ganz deutlich und stürzte nach den Raubtierfängen.

Die Ställe, die ebenfalls munter geworden waren, hinter ihm her. Als sie das Licht im dunklen Raume aufflammten, ließen, da packte sie lähmender Schreck.

Im Käfig des riesenhaften Panthers „Ugo“ kämpfte der Löwe „Casar“ mit ihm. Und — die bestürzten Zuschauer trauten ihren Augen nicht, standen plötzlich wie erstarrt — dicht an die Stangen gepreßt, lehnte eine weiße Gestalt. Toni, die nur mit dem Kijama bekleidet war und mit weit aufgerissenen Augen auf die kämpfenden Tiere starrte.



Wie ein Wahnsinniger schrie Marquardt: „Gritzt! ... Gritzt!“ Aber Gritzt kam nicht, denn er wollte noch in der Stadt wo er Abschied von Freunden nahm. Immer mehr halbbelebte Artisten erschienen. Nun eilte auch Marloff herbei. „Was ist geschehen?“ rief er außer sich. Da sah er schon das Gräßliche: Toni im Käfig des schwarzen Panthers! Der Mann mußte, daß „Casar“, der das Mädchen ansetzt, nicht verteidigte, dem gewandten, geschmeidigen Teufel, die Dauer kaum gewachsen war. (Fortsetzung folgt.)



Hebeler-Reklamebüro, 128 Berlin, Ostend, Reiter, Werbau 1. G.

(28. Fortsetzung.)

„Richtig, aber...“ geleht den Fall, irgend etwas Unvorhergesehenes möge Sie, den Zirkus zu liquidieren — das wird nicht eintreten — aber angenommen, es träte ein. Glauben Sie mir, dann hätten Sie Mühe, mehr als dreihunderttausend Mark herauszuholen.“

„Sie haben etwas zu schwarz!“

Wibit überlegte, dann sagte er: „Gut, ich will mich mit einhundertundfünfzigtausend Mark weiter beteiligen, wenn Sie meinen Zinsfuß billigen. Bei aller Freundschaft werden Sie nicht ermarren, daß ich weniger heraushole, als wenn ich ein anderes Geschäft tätige.“

„Gewiß nicht!“

„Zwölf Prozent!“ schlug Wibit vor.

„Etwas hoch!“

„Ich erziele es jetzt. Sie müssen berücksichtigen, es ist ja eine Anlage auf lange Sicht.“

Hollerbeck erhob sich und schritt im Zimmer auf und ab. Er rechnete. Das machte im Jahre rund achtzehntausend Mark aus, im Monat ein tausendfünfhundert Mark, pro Vorstellung schätzte bis achtzig Mark. Doch es ging.

„Gut, ich nehme an: Wann kann ich über den Betrag verfügen?“

„Sofort, lieber Hollerbeck! Treffen wir uns morgen beim Rotar. Ich muß natürlich irgendeine Sicherheit haben. Am besten ist, Sie verpfänden mir den Zirkus. Sie haben dann auch den Vorteil, daß wenn es einmal dünn geht, niemand an Sie herantritt.“

Hollerbeck nickte vertrauensvoll.

„Gewiß, damit bin ich einverstanden.“

Die Vorstellungen der nächsten vier Tage waren gleichfalls ausverkauft. Die weiteren sechs Tage noch so viel, belacht, daß der Zirkus in den letzten zehn Tagen seines Berliner Gastspiels einen ansehnlichen Uberschuß erzielte. Er gab Arbeit über Arbeit. Toni kam oft am Tage nur wenige Stunden zur Ruhe und rechnete meist bis spät in die

London, 18. October.

Ausflüchte Daladiers

Eine Vorläufige Erklärung in der Kammer.
Paris, 18. Okt.

Der britische Staatssekretär des Aeußern, Sir John Simon, erklärte in einem Rundfunkvortrag über die Abrüstungskonferenz, jedermann erkenne den Ernst des Ereignisses, das erfolgt sei, als Deutschland seinen Austritt aus der Abrüstungskonferenz verkündete. Die Zuhörer könnten versichert sein, daß kein Wort von ihm im Namen der Regierung Großbritanniens gesagt worden würde, das die Lage verschärfen würde. Großbritanniens künftiger Aktionskurs liege eine Frage, die das Kabinett als Ganzes werden erwägen müssen und die die eingehendste Prüfung und vollste Ueberlegung erfordere.

Dies könne einen Meinungsaustausch mit den anderen Mächten einschließen — so hoffe er — der Regierung Deutschlands selbst bedeuten.

Sir John Simon erinnerte an den Ursprung der Abrüstungskonferenz und das Ziel, nämlich eine Weltvereinbarung zur Herabsetzung und Beschränkung der Rüstungen, die von jedem Staat in der Welt unterzeichnet und für bindend sein würden, ob er ein Mitglied des Völkerbundes ist oder nicht. Im März d. J. habe die Konferenz einen beträchtlichen Schritt vorwärts gemacht. Ein Konventionsentwurf sei von dem britischen Premierminister unterbreitet und in eifriger Fassung angenommen worden. Aber die Erörterung führte zu zahlreichen Vorbehalten von Seiten verschiedener Staaten, und es gab Lücken in dem britischen Konventionsentwurf, die noch ausgefüllt werden müßten. Daher seien die Vertreter der hauptsächlichsten Mächte Europas und die Vereinigten Staaten in der letzten Zeit untereinander zusammengetroffen, um zu verhandeln, durch informelle Unterredungen eine Vereinbarung über diese ersten ausstehenden Punkte zu erzielen. Er habe sich durch die letzten Verhandlungen bis ganz vor kurzem sehr ermutigt gefühlt. Die Annäherung zu einem gemeinsamen Standpunkt zwischen Frankreich und Italien sei unbestreitbar gewesen. Die Mitwirkung der Vereinigten Staaten sei niemals mehr geschätzt oder mehr wertvoll gewesen.

Simon fuhr fort: Deutschlands Lage ist Ihnen allen bekannt. Hier ist ein großer Staat, der, nachdem er den Krieg verloren hat, unter dem Vertrag von Versailles eine massiven wurde. Großbritannien übernahm die führende Rolle, indem es letzten Dezember die Erklärung erreichte, die von Frankreich, Italien und den Vereinigten Staaten ebenso wie von uns selber unterzeichnet wurde, daß Deutschland „Gleichheit der Rechte in einem Regime der Sicherheit“ erhalten müsse. Zu dieser Erklärung stehen wir weiterhin. Wir haben niemals darin geschwankt, und wir machen heute ihre Gültigkeit geltend.

Simon behauptete dann, künftige Ereignisse in Europa hätten das Gefühl der Nervosität erhöht, das Gefühl tatsächlicher Beunruhigung, die der wirkliche Grund sei, weshalb hochgerüstete Staaten jögerten, ihre bewaffneten Streitkräfte zu schwächen. Wir haben daher, so fuhr Simon fort, in diesen Vespredungen verlußt, die Venderungen in dem britischen Plan auszuarbeiten, „die diese neue Lage erforderte“, wenn eine Vereinbarung erzielt werden sollte. Simon kam dann auf die informellen Vereinbarungen zu sprechen und erklärte, bei der Erörterung dieses Planes habe Deutschland mit Recht gefordert, daß die Abrüstung ganz im einzelnen im Verträge niedergelegt werden müsse und daß die Ueberwachung allgemein und nicht auf ein oder zwei Länder allein angewandt werden müsse. Mit all diesem habe er vollkommen übereingestimmt. Simon nannte dann die Tatsache, daß Deutschland sich wegen der Erklärung Simons am Sonnabend von der Konferenz zurückzog, eine „sehr absurde Behauptung“ (!).

Das Ziel der britischen Politik ist nicht, so erklärte der britische Staatssekretär zum Schluß, ärgerliche Gefühle zu entfachen. Wir haben verliert und werden verlieren, das Zusammenwirken zwischen allen Nationen, die guten Willens sind, zu fördern und auszulösen.

Beschlüsse des Reichstabinetts

Das Reichskabinett verabschiedete ein Gesetz über die Änderung des Bankgesetzes vom 30. 8. 1924. Danach soll die Leitung der Reichsbank statt bisher vom Generalkonferenz in Zukunft vom Reichspräsidenten ernannt werden. Die auf den Dawes-Plan zurückgehende

Institution des Generalrates der Reichsbank wird be-
seitigt.

Die Reichsbank erhält weiter die Befugnis, festverzinsliche Wertpapiere zur Regulierung des Geldmarktes zu kaufen und zu verkaufen, um dadurch nach Möglichkeit auch auf dem Gebiete des Kapitalmarktes regulierend und fördernd eingreifen zu können. Sie soll die gekauften Wertpapiere und in gleicher Weise auch die Lombardforderungen als bankmäßige Notendekung verwenden dürfen. Ferner sollen die Vorschriften über eine mechanische Erhöhung des Diskontsatzes in Verbindung mit einer Notensteuer beseitigt werden, da sie sich in der praktischen Erfahrung der letzten Jahre als undurchführbar erwiesen haben. Die Reichsbank wird weiterhin ermächtigt, eine Abschlagsdividende zu zahlen, die üblicherweise am 1. 10. eines jeden Jahres gezahlt werden soll, damit die Reichsbankantelle wieder zu einem bezugsfähigen Anlagepapier des Sparerers werden. Die Verkündung des Gelehes wird nicht vor dem 28. dieses Monats erfolgen. Weiterhin genehmigte das Kabinett eine

Änderung des Gesetzes zum Schutze des Einzelhandels
vom 12. Mai 1933, das ein allgemeines Verbot der Errichtung neuer Verkaufsstellen des Einzelhandels für die Zeit bis zum 1. 11. 1933 vor sah. Durch die heute beschlossene Änderung wird die

Spette bis zum 1. Juli 1934 verlängert.

Das Reichskabinett verabschiedete alsdann ein Gesetz über den vorläufigen Aufbau des deutschen Handwerks, wonach der Reichswirtschaftsminister im Einvernehmen mit dem Reichsarbeitsminister ermächtigt wird, über den

Aufbau des deutschen Handwerk

eine vorläufige Regelung auf der Grundlage allgemeiner Bestimmungen und des Gütergrundgesetzes zu treffen. Das deutsche Handwerk im Sinne dieses Gesetzes und nicht in der Handwerkerliste eingetragenen Betriebe sowie die nicht landwirtschaftlichen Betriebe gehören. Hierüber treffen der Reichswirtschaftsminister und der Reichsernährungsminister gemeinsam nähere Bestimmungen. Auf Antrag des Reichswirtschaftsministers beschloß das Reichsstatistikamt, den Reichsminister der Finanzen zu ermächtigen, namens des Reiches

Garantien von insgesamt 10 Millionen für Kredite zu übernehmen, die von gewerblichen Kreditgenossenschaften oder von Privatbankiers an Kleingewerbetreibende gegeben werden.

Valadier führte in einer kurzen Erklärung vor der Kammer aus, der Austritt Deutschlands aus dem Völkerverband habe plötzlich in die Disfussion des Problems der Organisierung des Friedens ein neues Element hineingebracht, dessen sämtliche Folgen die Regierung gegenwärtig zu studieren sich bemühe. Die französische Regierung sei sich bewußt, daß sie von ganzem Herzen die Politik der internationalen Zusammenarbeit mit dem heißen Wunsche verfolgt habe, ein Regime des Vertrauens und der Sicherheit wiederhergestellt zu wissen, bei dem die Würde aller Völker in gleicher Weise gewahrt wäre. Wir sind, so rief Valadier aus, nicht taub, und wir hören jedes Wort; aber wir sind auch nicht blind gegenüber jedwem Akt! Weshalb fange die deutsche Regierung, wenn sie die Verständigung (entente) wünsche, mit dem Bruch an, weshalb widerlege sie sich der Kontrolle? Wenn man bereit sei, das letzte Wehr, das letzte Maschinengewehr zu zerstören, weshalb nehme man da nicht einen lokalen aufrichtigen Plan zur allmächtigen Herabsetzung der Rüstungen an?

Wir, so erklärte der französische Ministerpräsident, wollen unter allen Umständen einer Politik der Zusammenarbeit treu bleiben und in gleichem Geiste die Prüfung einer neuen Lage weiter verfolgen, die nicht nur Deutschland und Frankreich interessieren könne, sondern die auch die Gemeinschaft der Völker interessiere, die sich zu einer großen und edlen Aufgabe zusammengefaßt haben. Die maßvolle Haltung, die wir stets bewiesen haben, die tatsächlichen und schweren Opfer, die wir in der Vergangenheit gebracht haben, ermächtigen uns, an einer Aktion weiter festzuhalten, deren Mäßigung an sich schon weder Ruhmbandel noch Vergeltungsleistungen zulassen könne. In diesem Geiste werde die französische Regierung weiterhin die großen miteinander solidarisirten Interessen Frankreichs und des Friedens weiter verfolgen. Am 26. Oktober werde Frankreich beim Völkertag wieder üblich zur Stelle sein. Frankreich sei nicht isolirt und es sei entschlossen, an Ruhe und Kaltblütigkeit mit gutem Beispiel voranzugehen, um so mehr, als Frankreich wisse, daß es imstande sei, die Verteidigung seines Gebietes und seiner Freiheiten zu gewährleisten.

Deutschland — Frankreich — Polen

Der Reichspropagandaminister Dr. Goebbels hat dem Korrespondenten der "Daily Mail" in Berlin einige Fragen im Zusammenhang mit dem Austritt Deutschlands aus dem Völkerverbund und der Abrüstungskonferenz beantwortet. Auf die Frage, ob Goebbels eine Antwort darauf geben könne, ob Deutschland jetzt bereit ist mit der Aufrüstung beginne, sagte der Propagandaminister: Nein, Deutschland hält sich an seine vertraglichen Verpflichtungen. Es erhebt aber die Forderung, daß die anderen Unterzeichner des Vertrages ihre Versprechungen in derselben Weise erfüllen.

Auf die Frage, wie die Äußerungen, die Hitler in seiner Rundfunkrede im Hinblick auf die deutsch-französische Beziehung getan habe, mit dem in dem Buche „Mein Kampf“ und sonstwo ausgedrückten Gefühle gegen Frankreich in Einklang gebracht werden könnten, habe Goebbels geantwortet, daß das Freundschaftsangebot, das Hitler a Frankreich machte, ein Beweis für die Evolutionsfähigkeit der Nationalsozialistischen Partei sei.

Schon seit längerer Zeit sei eine Veränderung in der Haltung Deutschlands gegenüber Frankreich vor sich gegangen. Wenn Deutschland die Saar zurückerhalte, werde es seine gezielten Angriffe gegen Frankreich haben.

Auf die Frage, ob dies auch auf Polen zutreffe, habe der Propagandaminister erwidert, Deutschland könne den Korridor sicher nicht als ständige Einrichtung betrachten, aber es sei der Ansicht, daß es keine Frage in Mitleuteopie gäbe, die einen neuen Krieg rechtfertigen oder notwendig machen würde. Deutschland wünsche, den Korridor zurück zu erhalten, aber es sei überzeugt, daß dies Sache von Verhandlungen sei. Das möge zur Zeit unmöglich erscheinen aber manche scheinbare Unmöglichkeiten seien im Europa der letzten Jahre verwirklicht worden. Der Aufstieg der NSDAP zur Macht sei eine davon.

Jugendbe'triebszellen aufgelöst

Überführung in die Hitler-Jugend.

In einer überfüllten Riesenkulde im Sportpalast mit Parallelsammlung auf dem Winterfeldtplatz sprach Reichsjugendführer Baldur von Schirach.

Unter dem begeisterten Beifall der Versammlung verständete er die Auflösung der NS.-Jugendbetriebszellen, nachdem sie bei der Erringung der Macht ihre Pflicht erfüllt und ihre Aufgabe hundertprozentig gelöst haben, und die Ueberführung ihrer Mitglieder in die Hitler-Jugend.

Die Hitler-Jugend verbindet die deutsche Jugend zu einer Einheit der Bluts- und Schicksalsgemeinschaft. Sie rechnet auf die Stunde, wo die gesamte deutsche Jugend in ihr organisiert sein werde.



Schwarzes Brett der Partei.

Laut Mitteilung der Reichs Zeugmeisterei ist in
Spangenberg zum Verkauf von N.S.-Uniformen und A.
zeichen nur unser Pa. Paul Klose berechtigt.

Die übrigen nicht berechtigten Verkaufsstellen haben Gelegenheit gehabt, auszuverkaufen. Sie dürfen von jetzt ab nicht mehr in Anspruch genommen werden.

Der Ortsgruppenleiter, Jenner.

Reiner Tisch!

Seitdem Deutschland jene unglückselige Unterschrift unter das Diktat von Versailles setzte, die für ein halbes Menschenalter die Quelle von Not und Elend werden sollte, ist es nicht möglich gewesen, viele deutsche Volksgenossen von einer an Abscheu grenzenden Idee frei zu machen, daß wir alles tun müßten, unsere früheren Gegner nur „zufriedenzustellen“, dann würden wir schon den Himmel auf Erden bekommen. Als deshalb nach unglücklicher Geduld die deutsche Regierung unter ihrem Führer Adolf Hitler am 14. Oktober klar und bündig erklärte, es sei jetzt genug, die Ehre Deutschlands und des deutschen Volkes vertriebe es nicht mehr, daß in Genf in der bisherigen unwürdigen Weise das Deutsche Reich als ein Rand zweiter Klasse behandelt werde, da bekam selbstverständlich so manche Spießkerle wieder die schillernde Angst und sah im Geiste schon die französischen Bombengeschwader über Deutschland erscheinen.

Aber wie liegen die Dinge nun in Wirklichkeit? Daß wir in Deutschland abgerufen haben gegenüber unseren massenlähmenden Nachbarn in einer Weise, die uns auch die geringste eigene Sicherheit nimmt, ist eine Binsenwahrheit, die jeder weiß — auch die Franzosen, Engländer usw. Daß sie es nicht eingestehen wollen, daß sie diesen offen zu Tage liegenden Unterschied in der Rüstung nicht zu geben wollen, ist eine Sache für sich. Daß sie damit klar und eindeutig die übernommenen Verpflichtungen verletzen, werden sie selbst im Innern ebenso zur Genüge wissen. Ob sie nun untereinander gegenseitig Angst haben, ob sie wirklich glauben, Deutschland, das man fürchten gelernt hat als Gegner, könne infolge irgendwelcher sabelhafter Fähigkeiten über Nacht Tausende von Flugzeugen aus der Erde stampfen oder andere gewaltige Kriegsmittel, das spielt hier keine Rolle. Für Deutschland geht es nur darum, daß es das unwürdige Spiel, das mit ihm getrieben wurde, nicht mehr mitmachen konnte. Deutschland hatte wirklich genügend Geduld bewiesen, immer wieder und wieder wurde verhandelt, immer wieder und wieder mußte erlebt werden, daß man die klare und eindeutige Forderung Deutschlands auf Gleichberechtigung durch irgendwelche ablenkenden Mäner in den Hintergrund schob.

Es hat keine Regierung in Deutschland bisher fertig gebracht, diesem Spiel den nötigen Ernst gegenüber zu setzen. Warum nicht? Weil jede dieser Regierungen, die in Genf „verhandelt“, genau wußte, auf welche schwachen Füßen ihre Herrschaft stand, wie wenig sie im Namen des deutschen Volkes sprechen durften. Jetzt liegen die Dinge anders. Das deutsche Volk hat zu seinen Führern Vertrauen, das deutsche Volk hat in wenigen Monaten gelernt, daß es so viel gesunde, eigene Kraft habe, um auch nach dem unglücklichen Kriege mit allen seinen furchtbaren Folgen sich wieder empor zu arbeiten. So kann die Regierung, die in solcher Weise das Volk führt, auch endlich reinen Tisch machen mit dem unwürdigen Spiel, das man lange genug mit Deutschland gespielt hatte.

Es ist oft genug betont worden, in der Abrüstung sind wir die Gläubiger, die zu fordern haben, nicht die anderen. Die Welt hat aus der Rede des Reichslanzlers gehört, wie er und seine Mitarbeiter, wie das deutsche Volk denkt. Er hat die Lage so nüchtern und sachlich aufgezeichnet, wie sie wirklich ist, daß jede Kritik davon verblissen mußte. Und um auch ja nichts zu veräumen, richtet er an das deutsche Volk die Frage, ob es mit seiner Politik einverstanden sei — nicht etwa, weil er daran irgendwie zweifelt, sondern weil er den Anderen es auch beweisen will, daß die Zeiten anders geworden sind: hier spricht nicht mehr irgendeine Regierung, die durch irgendeinen Parlamentsbeschluß morgen fortgeschickt werden kann, nein, hier spricht das deutsche Volk selbst, und es geht auf die Dauer nicht an, ein Volk von 60 Millionen Menschen im Herzen Europas als Volk zweiter Klasse zu behandeln!

Jetzt haben die anderen das Wort. Man hat es ihnen deutlich genug zu verstehen gegeben. Sie können jetzt beweisen, ob es ihnen auch nur mit einem Gedanken ernst war: entweder sie setzen sich jetzt wirklich zusammen und beschließen ihre Abrüstung, weil genug geredet worden ist, oder sie tun es nicht. Im ersten Fall ist es gut, dann ist

der Fall ist bewiesen, daß man mit Deutschland nur gespielt hat und überhaupt keinen ernstlichen Willen zu einer Befriedung Europas besaß!

Noch ist die politische Lage völlig unübersichtlich. Aber man weiß in Frankreich und England sehr wohl, daß man eine ungeheure Verantwortung hat. Rußland, Amerika, Brasilien, Japan und nun auch Deutschland gehören dem Völkerbund nicht oder nicht mehr an — ist der Rest überhaupt noch ein Völkerbund? Wenn er nur eine Spur von Ansehen für sich noch retten, wenn er nicht hoffnungslos ein trauriges Ende finden will, muß er sich jetzt aufrufen und das tun, was wirklich von ihm verlangt wird, nämlich ein Bund der Völker sein, nicht ein Instrument, um Deutschland immer wieder von neuem zu demütigen und von ihm Dinge zu verlangen, die es nicht mehr übernehmen kann.

Und in diesem Sinne wird der 14. Oktober 1933 ein Markstein in der Weltgeschichte sein. Mögen

die Regierungen der Völkerbunds-Länder tun, was sie wollen, die Welt klar und deutlich gelagt bekommen, daß Deutschland das Spiel, das man seit 1918 mit ihm trieb, nicht weiter mit sich treiben läßt. Und genau so wie in Deutschland jeder deutschdenkende und deutschfühlende Mann aufgeatmet hat, als der Völkerbund der Welt sagte, wie Deutschland denkt, so wird auch im Ausland die Erkenntnis wachsen, daß man es so, wie man es sich dachte, zwar mit einem uneinigen, von schwachen Regierungen geleiteten Volk machen konnte, nicht aber mit einem Volk, das aus der Dummheit seiner Räte und Leiden erwacht ist und sich auf sich selbst besonnen hat, ein Volk, das Vertrauen zu seinem Führer hat und ihm dankbar dafür ist, daß er auf dem Gebiet der Genfer Verhandlungen endlich reinen Tisch gemacht hat!

Die Industrie im neuen Reich

Krupp von Bohlen über die ständliche Gliederung.

Die konstituierende Sitzung des von dem Präsidenten des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Dr. Krupp von Bohlen und Hallbach, einberufenen Ausschusses für allgemeine Wirtschafts- und Sozialpolitik fand in Berlin statt. Etwa 50 Vertreter der verschiedensten Industrien aus dem Reich waren erschienen, weiter Reichswirtschaftsminister Dr. Schmidt und Reichsarbeitsminister Seidte.

Herr von Bohlen schilderte in kurzen Umrissen die organisatorische Entwicklung, die sich bei der Spitzenorganisation der deutschen Industrie in den letzten Monaten vollzogen hat. Zu welchen Lösungen man in der staatspolitischen Frage der ständlichen Gliederung der Wirtschaft kommen werde, lasse sich heute noch nicht endgültig sagen. Er habe davon ausgehen müssen, daß die Verarmung unseres Volkes nicht nur eine äußerliche Vereinfachung des Staatsapparates erfordere, sondern auch die Beseitigung aller Ueber-schneidungen im Verbandswesen.

In Uebereinstimmung mit den Grundgesetzen des neuen Staates glaube er fernerhin, auch die Uebernahme des Führerprinzips auf die Organisation der Industrie einleiten zu sollen. Das Führerprinzip des Staates könne aber nicht schematisch auf die Wirtschaft übernommen werden. Er habe sich deshalb von vornherein das Führerprinzip verbunden gedacht mit der Einrichtung beratender Ausschüsse. Seine endgültige Form könne der Reichsverband der Deutschen Industrie erst dann erhalten, wenn die Reichsregierung durch Aufstellung von Richtlinien die Grundlage für die letzte Formung gegeben haben werde.

Der Wunsch müsse dahin gehen, das große Wirtschaftsgebiet der Industrie nicht irgendwie zum Experimentierfeld zu machen, sondern unter verantwortlicher Leitung einer zentralen Stelle der Reichsregierung jenseitiger unter Vermeidung von Erschütterungen einer dauerhaften, gefunden und klaren, nicht auf Theorien, sondern auf den Gesetzen des Lebens beruhenden Organisation zu unterstellen. Die größtmögliche Förderung des kleineren und mittleren Unternehmertums müsse schon deshalb Pflicht sein, weil die schöpferische Unternehmerinitiative nicht zur Erstarrung kom-

men dürfe, sondern einen sich immer wieder erneuernden Jungborn in einer möglichst großen Zahl selbständig unter eigener Verantwortung tätiger Unternehmer lasse.

Er sei überzeugt und wisse es von allen industriellen Unternehmern, die sich hinter ihm stellten, daß alle nur sozial dächten, sondern ebenso auch sozial handelten. Das Unternehmertum der Deutschen Industrie fühle sich zu den engsten Verbunden mit den übrigen Berufsständen, zu den Reichsständen der Deutschen Industrie bedürfe aber auch der tatkräftigen und freundlichen Mitarbeit aller Kreise der deutschen Industrie.

Sollte es gelingen, die Organisation der Deutschen Industrie so zu festigen, daß es als Baustein miteinander und an dem Wiederaufbau des Reiches, so werde er — von seinen Kräften jünger und leistungsfähiger: als er, Führer der Deutschen Industrie werden sollte.

Der Präsident des Reichsverbandes der Deutschen Industrie schloß mit einem Appell an die Vertreter der Industrie in allen Gliedern und Zweigen der Industrie Organisation, bedingungsloser Durchlegung des Willens des Führers zu sein.

Personalveränderungen

in der allgemeinen und inneren Verwaltung.

Der „Amtliche Preussische Pressebericht“ teilt uns dem folgenden Personalveränderungen mit:

Ernannt sind: Landrat Dr. Fröhlich in Langen-lagerstadt; Oberregierungsrat Schmidt in Döbeln zum Regierungspräsidenten dafelbst; Gerichtsassessor Dr. Wiese in Wiesbaden zum Regierungspräsidenten dafelbst; Regierungssachbearbeiter Dr. Braach in Dramburg; Syndikus Dr. Frobe in Niebüll.

Verseht sind: Landrat Werther in Schleswig an das Landratsamt in Plön; Landrat Dr. West in Siegburg an das Landratsamt in Erkelenz; Regierungssachbearbeiter Karbe beim Landratsamt in Harburg-Wilhelmsburg an das Landratsamt in Sagan; Regierungssachbearbeiter Dr. Hande beim Landratsamt in Sorau an das Landratsamt in Meseritz; Regierungssachbearbeiter Dr. Stark in Schleswig an das Landratsamt in Binnberg; Regierungssachbearbeiter Dr. Koch beim Landratsamt in Grünberg an das Landratsamt in Wandersbeck.

Ueberviesen sind: Landrat i. e. R. Dr. Scholz, früher in Linden, und Landrat i. e. R. Dr. Weste in Cosel der Regierung in Schleswig.

Ausgeschieden ist: Landrat i. e. R. Müller bei der Regierung in Meserburg.

Einfstellungen in den Ruhestand verseht sind: Oberpräsident Dr. Melcher-Magdeburg (auf eigenen Antrag); Polizeipräsident von Westrum zum Gutachter in Frankfurt a. M.; Landrat Dit in Bad Freienwalde.

In den Ruhestand verseht sind: Regierungssachbearbeiter i. e. R. Dr. von Krause früher in Minden; die Landräte i. e. R.: Dr. Ortner, früher in Deutsch-Krone; Schlitt in Wiesbaden und Dr. Creutz, früher in Adenau; Regierungsrat i. e. R. Dr. Scheunemann in Stettin.

Auf Grund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums sind entlassen oder in den Ruhestand verseht: Regierungspräsident i. e. R. Dr. Brand, früher in Sigmaringen; die Landräte i. e. R.: Dr. Schilling in Westerbürg; Dr. Rother, früher in Fischhausen; Rönneburg, früher in Barth; Dr. Neugebauer in Schwelm; Dr. Lucas, früher in Neuhaldensleben; die Regierungssachbearbeiter: Dr. Rätz in Frankfurt a. D.; Alenburg in Würich; Schindler in Döbeln.

Der Anspruch auf Hinterbliebenenrente ist der Witwe und den Kindern des früheren Landrats Repling in Wangen und der Witwe und den Kindern des früheren Landrats Gebhardt in Burg entzogen worden.

Tonfilm-Theater Spangenberg

Sonnabend u. Sonntag abd. pünktlich 8,30 Uhr

Hermann Thimig
Jenny Jugo



in dem entzückenden Lustspiel
ICH BLEIB BEI DIR...
nach dem bekannten Schlager

**Ich bleib bei Dir
bis morgen früh**

REGIE:
JOHANNES MEYER

**Diva in Vertretung
Rom, die ewige Stadt**

Ufa-Wochenschau

Eingelegt

Heringe

nach Hausfrauenart selbst eingelegt
empfiehlt

Karl Bender.



Freiwillige Feuerwehr

Im Laufe dieser Woche findet eine
Feuerwehr-Nachübung
statt, zu der Alarm geblasen wird.
Spangenberg, den 19. Okt. 33.

Das Kommando
A. Schmidt.

Bauhändler

Am Sonnabend, 21. Oktober 8 Uhr ab. nds findet im
Gasthaus „Zum Hindenburg“ eine

Versammlung

der Bauhandwerker statt.
Redner: Breithauer
Es ist Pflicht aller Bauhandwerker zu erscheinen.
Der Einberufer.

Wallnüsse, Erdnüsse, Granzfeigen

Karl Bender.



**National-Sozialistische Handwerks-,
Handels- und Gewerbebetreibenden-
Organisation (NS-HAGD).**

(bisher Kampfbund des gewerbli. Mittelstandes)

Ortsgruppe Spangenberg.

Die Gaukundgebung der NS-HAGD. findet nunmehr am
22. Oktober, 9 1/2 Uhr in der Stadthalle zu Kassel
statt. Der Gauführer fordert zur reiflichen Beteiligung
aller Mitglieder auf.

Die Mitglieder der Ortsgruppe Spangenberg fahren
705 Uhr und haben in Malsfeld Anschlag an einen Son-
derzug mit 60% Fahrpreisermäßigung. Kürzlich ausge-
gebene Plaketten sind anzulegen.

Die Ortsgruppenführung.

Vom 1. 11.	Wer Grundbesitz
3 Zimmerwohnung	od. Geschäft, gleich wech. Ver- kaufen od. tauschen will, wende sich sof. an den
in schöner freier Lage zu ver- mieten.	Immobilien-Markt
Mietpreis 27,50 RM.	Vert.: F. H. Thyllen, Frank- furt/Main, S. 10. u. d. Magien 8
Auskunft:	
Th. Feuer	
Architekt.	

Neue deutsche

**Vollheringe
10 Stck. 40 Pfg.**

Karl Bender

Inferieren bringt Gewinn.